

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend eine Beschäftigungsoffensive des Landes Oberösterreichs

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, zusätzliche Lehrstellen und Ausbildungs- sowie Beschäftigungsplätze für Arbeitslose und WiedereinsteigerInnen im Einflussbereich des Landes Oberösterreich zu schaffen.

Begründung

Die Arbeitslosigkeit hat im Land Oberösterreich mit Ende Dezember 2014 ein enormes Ausmaß von 48.874 Menschen erreicht. Weitere 9.829 OberösterreicherInnen befinden sich in Schulungen, 513 sofort verfügbare junge Menschen sind aktuell auf Lehrstellensuche. Arbeitslosigkeit hat generell schwerwiegende Auswirkungen für die Betroffenen, aber in besonderem Ausmaß im Jugendalter. Sie bringt massive persönliche, gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Probleme mit sich. Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit – wie wissenschaftliche Studien zeigen – führt in vielen Fällen zu körperlichen und psychischen Krankheiten, zu einer hohen Armutsgefährdung und ist mit dem Verlust von wertvollen beruflichen Fähigkeiten – Stichwort Dequalifikation – verbunden.

Die bisherigen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik reichen nicht mehr aus, um die Krise am Arbeitsmarkt zu bewältigen. Deshalb ist das Land Oberösterreich selbst gefordert, aktiv durch zusätzliche Arbeitsplätze gegenzusteuern. Als ersten Schritt soll das Land eine Beschäftigungsoffensive starten, die als Brücke zum ersten Arbeitsmarkt dient. Dazu sollen beim Land, bei der Landesholding, bei der Gespag und nach Möglichkeit auch bei den Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, zusätzliche Lehrstellen, Ausbildungs- und Beschäftigungsplätze geschaffen werden. Auf diesen Arbeitsplätzen sollen gezielt Lehrstellen- und Arbeitssuchende aufgenommen werden, die es aufgrund sozialer oder persönlicher Umstände (Alter, Zeugnisnoten, Lebenslauf) in klassischen Auswahlverfahren besonders schwer haben.

Vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur und der Knappheit an Arbeitsplätzen muss gerade auch die öffentliche Hand umdenken und nicht allein das Ziel der zahlenmäßigen Reduktion des Personals verfolgen. Stattdessen gilt es durch intelligentes Entwickeln von Ausbildungs- und Beschäftigungsplätzen, die im bestehenden öffentlichen System für wertvolle Qualitätsverbesserungen sorgen können, zusätzlichen volkswirtschaftlichen Nutzen zu erzielen. Außerdem bietet die Inklusion von Arbeitslosen im ersten Arbeitsmarkt ein hohes Potenzial, dass

sie – motiviert und qualifiziert – in der Folge eigenständig Erfolg bei der weiteren Arbeitssuche haben.

Für diese Erweiterung der bisherigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen um direkte Beschäftigungspolitik gibt es bereits positive Vorbilder: So hat im ersten Jahr der großen Wirtschafts- und Bankenkrise Sozialminister Hundstorfer die „Aktion 5000“ speziell dafür geschaffen, um Langzeitarbeitslosen im öffentlichen Bereich neue Perspektiven zu geben. Auch die Landeshauptstadt Linz beweist bei ihrem umfassenden Lehrlings-Ausbildungsprogramm hohe soziale Verantwortung, indem sie bewusst Lehrlinge aufnimmt, die aufgrund von persönlichen oder sozialen Benachteiligungen bei einer klassischen Auswahl nicht zum Zug kämen. Auch große private Unternehmen setzen bereits Maßnahmen in diese Richtung, um die Potenziale nicht brach liegen zu lassen.

Linz, am 26. Jänner 2015

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Schaller, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Müllner, Rippl, Makor, Krenn, Affenzeller, Bauer, Baumgartner, Promberger, Pilsner, Eidenberger